

# Armutsgefährdung in Niedersachsen im Jahr 2013

## Hauptergebnisse für 2013

Die Armutsgefährdungsquote Niedersachsens stieg im Jahr 2013 im Vorjahresvergleich um 0,6 Prozentpunkte auf 15,8 %. Damit müssen ca. 1,23 Millionen Niedersachsen als armutsgefährdet gelten – fast jede sechste Einwohnerin bzw. jeder sechste Einwohner. Niedersachsens Nachbarland Bremen wies mit 18,9 % die höchste Quote aller Länder und mit +1,6 Prozentpunkten auch eine überdurchschnittliche Zunahme auf. Bundesweit stieg die Armutsgefährdungsquote um 0,8 Prozentpunkte auf 15,5 %. In fünf ostdeutschen Ländern ging die Armutsgefährdung im Vergleich zum Vorjahr zurück, in allen westdeutschen Ländern stieg sie mehr oder weniger stark an. Die Reichtumsquote stieg in Niedersachsen leicht auf 7,4 % an, blieb aber im Zeitverlauf sehr stabil.

Das höchste Armutsrisiko trugen 2013 in dieser Reihenfolge Erwerbslose (56,8 %), Alleinerziehende (42,3 %), gering Qualifizierte (42,4 %) und Ausländerinnen und Ausländer (36,0 %). Jedes fünfte Kind bzw. jeder fünfte Jugendliche (19,9 %) war von Armut bedroht. Die Altersarmut von Frauen stieg 2013 deutlich auf 17,7 % an. Die Gefährdungsquote der älteren Männer lag mit 12,6 % deutlich niedriger.

Aufgrund der Ergebnisse des Zensus 2011 wurde der Hochrechnungsrahmen des Mikrozensus, der die Datengrundlage dieser Berechnungen darstellt, ab 2011 auf eine neue Grundlage gestellt. Daher sind alle Daten der Armutsberichterstattung für 2011 und 2012 neu berechnet worden.

## Der Armutsbegriff der amtlichen Sozialberichterstattung

Ab Berichtsjahr 2005<sup>1)</sup> berechnen die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder im Rahmen ihrer amtlichen Sozialberichterstattung ([www.amtliche-sozialberichterstattung.de](http://www.amtliche-sozialberichterstattung.de)) Daten zur Armutsgefährdung und sozialen Ausgrenzung. Diese liegen zeitlich und regional kompatibel bis 2013 vor. Die Indikatoren werden durch IT.NRW, der Landesstatistikbehörde Nordrhein-Westfalens, für alle Länder und Regionen Deutschlands berechnet. Die Berechnungsmethode und das Veröffentlichungsprogramm wurden von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder gemeinsam entwickelt.

Die Berechnung erfolgt nach dem Konzept der relativen Armut, dem wiederum die normative Wertentscheidung zugrunde liegt, dass soziale Ausgrenzung von bestimmten

Bevölkerungsgruppen aufgrund materieller Not nicht zugelassen werden darf. Die gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben muss für alle garantiert sein. Deswegen muss ein gewisser, zeitlich und regional variabler, Einkommensmindeststandard gegeben sein. Armut wird nach diesem Konzept anhand von Indikatoren zur Ungleichheit der Einkommensverteilung gemessen: Als armutsgefährdet gilt, wer einen bestimmten Prozentwert eines in Zeit und Raum variablen Durchschnittseinkommens unterschreitet. Von **Armutsgefährdung** statt Armut wird gesprochen, weil der Berechnung ausschließlich Einkommensdaten zugrunde liegen und weder individuell unterschiedliche Bedarfe noch unterschiedliche Fähigkeiten zur Haushaltsführung berücksichtigt werden. Die methodischen Grundelemente sind:

- Als armutsgefährdet gelten Menschen, deren Einkommen weniger als 60 % des Mittelwerts beträgt. Als „reich“ gelten umgekehrt alle, deren Einkommen den Mittelwert (nicht arithmetisches Mittel, sondern Median) um mehr als das Doppelte übersteigt.<sup>2)</sup>
- Maßgeblich ist nicht das Individual-, sondern das gesamte **monatliche Netto-Haushaltseinkommen** unter Einschluss aller Haushaltsmitglieder und Einkommensarten. Das Netto-Haushaltseinkommen wird mittels der international üblichen „neuen OECD-Skala“ auf ein **bedarfsgewichtetes Nettoäquivalenzeinkommen** pro Person (vereinfachend: Durchschnittseinkommen) transformiert. Die erste Person im Haushalt hat ein Gewicht von 1,0, weitere Erwachsene von 0,5, Kinder von 0,3.
- Datenquelle ist der **Mikrozensus**, der mit seinem breiten Frageprogramm und bundesweit ca. 800 000 Be-

1) Die Berechnung erfolgt ab dem Berichtsjahr 2005. In diesem Jahr traten die Hartz IV-Reformen in Kraft und damit unter anderem die Zusammenlegung der Arbeitslosenhilfe und der Sozialhilfe für erwerbsfähige Hilfeempfänger zum „Arbeitslosengeld II“. Zufällig in demselben Jahr erfuhr der Mikrozensus, die Datengrundlage der Armutsberichterstattung, eine tiefgreifende Umgestaltung, so dass methodisch völlig vergleichbare Daten der Armutsberichterstattung von 2005 bis 2012 vorliegen. Selbstverständlich gab es auch vor 2005 Untersuchungen zur Armutsgefährdung in Niedersachsen und in Deutschland mit einer ähnlichen Methodik. In Niedersachsen reichten die entsprechenden Zeitreihen bis in die 80er Jahre des vergangenen Jahrhunderts zurück. Alle entsprechenden Studien konstatierten übereinstimmend eine Zunahme der Armutsgefährdung, oft parallel begleitet mit einer gleichzeitigen Zunahme des Reichtums, bis 2005. Im Internetangebot [www.amtliche-sozialberichterstattung.de](http://www.amtliche-sozialberichterstattung.de) sind nicht nur Daten enthalten, sondern auch wichtige methodische Grundlagen dokumentiert. Unter anderem findet man hier die Qualitätsberichte der zugrundeliegenden Datenquellen sowie Definitionen und weiterführende Hinweise zu Fachbegriffen wie „neue OECD-Skala“, „NUTS-Systematik“, „regionale Anpassungsschichten“, ISCED-Stufen und EU-SILC.

2) Die oft geäußerte Kritik, dass die Armutsquote automatisch stiege, wenn einige Reiche dazukommen, trifft daher nicht zu, denn durch die Verwendung des Medians wird eine Verzerrung durch Ausreißerwerte verhindert. In diesem Beitrag wird aus Gründen der Lesbarkeit und Kürze der Begriff „Durchschnitt“ bzw. „Durchschnittseinkommen“ gebraucht.

fragten die Gewähr dafür bietet, dass die Ergebnisse regionalisierbar und zugleich nach Bevölkerungsgruppen bzw. Lebenslagen auswertbar sind. Stichprobenplan und Hochrechnungsrahmen des Mikrozensus basieren bisher auf fortgeschriebenen Ergebnissen der Volkszählung 1987.

- Weil jetzt Ergebnisse des Zensus 2011 vorliegen, wurde der Hochrechnungsrahmen des Mikrozensus dieser verbesserten Grundlage angepasst. Eine wichtige Erkenntnis des Zensus 2011 war z.B., dass die Zahl der Ausländerinnen und Ausländer nach unten korrigiert werden musste. Darum wurden für 2011 und 2012 Neuberechnungen der Armutsgefährdungsquote zugrundeliegenden Daten über Einkommen, Haushaltsgröße etc. möglich und erforderlich. Die Auswirkungen der Neuberechnung sind relativ gering. Durchschnittseinkommen und damit auch Armutsgefährdungsschwellen liegen nach der neuen Berechnung etwas höher und die Armutsgefährdungsquoten etwas niedriger als nach der alten Berechnung. Daher ist die Vergleichbarkeit der Daten ab 2011 mit älteren Angaben nur geringfügig eingeschränkt.
- Die regionale Tiefe der Berechnung reicht bundesweit bis zur NUTS II-Ebene (Regierungsbezirke bzw. Statistische Regionen) sowie der Raumordnungsregionen bzw. „regionalen Anpassungsschichten“ des Mikrozensus. Auch für Großstädte mit mehr als 500 000 Einwohnerinnen und Einwohnern werden Angaben veröffentlicht.
- Als Schwellenwert der Armutsgefährdung kann das nationale (**Nationalkonzept**) oder regionale Durchschnittseinkommen (**Regionalkonzept**) gewählt werden. Die amtliche Sozialberichterstattung berechnet und veröffentlicht die Quoten der Länder und Regionen nach beiden Konzepten: Nach dem Regionalkonzept bezieht sich die 60 %-Schwelle der Armutsgefährdung in Niedersachsen auf die niedersächsischen Durchschnittseinkommen. Analog bezieht sich z.B. die Armutsschwelle in Hannover auf den hannoverschen Durchschnitt und die gesamtdeutsche auf den Deutschland-Durchschnitt. Das Nationalkonzept nimmt in allen Regionen immer den bundesweiten Wert als Bezugsgröße. Damit scheint es auf den ersten Blick bundesweit leichter vergleichbare Daten zu liefern. Ein Problem dieser Betrachtungsweise ist aber, dass sie die regionalen Unterschiede im Preisniveau, die die Einkommensdisparitäten erheblich mindern, derzeit nicht berücksichtigt. Dazu müssten auf Basis regionaler Preisinformationen statt nominaler auch reale Einkommen, z.B. in Form von Kaufkraftstandards, berechnet werden, wozu derzeit noch erforderliche Informationen fehlen. Zudem verzerren regional unterschiedlich hohe Mietzuschüsse der Bundesagentur (BA) für Arbeit das Bild. Das Nationalkonzept überschätzt daher in wirtschaftlich schwachen Regionen die Armut und unterschätzt sie in prosperierenden Räumen. Das Regionalkonzept hat diese Probleme nicht und ist prinzipiell mit dem methodisch zugrundeliegenden Teilhabekonzept besser vereinbar: Wenn im sozialen Nahbereich alle arm sind, ist die eigene Armut weniger spürbar und führt nicht so oft zur sozialen Exklusion.

Tab. 1.1 Armutsgefährdungsquoten<sup>1)</sup> 2005 bis 2013 nach Ländern (Regionalkonzept)

Land	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	Veränderung 2013/ 2005	Veränderung 2013/ 2010	Veränderung 2013/ 2012
	%									% - Punkte		
Baden-Württemberg	13,8	13,2	13,0	13,3	14,1	14,0	14,5	14,6	14,8	+1,0	+0,8	+0,2
Bayern	14,0	13,5	13,6	13,6	13,7	13,8	14,2	14,1	14,6	+0,6	+0,8	+0,5
Berlin	16,1	13,3	13,9	14,3	14,1	14,2	15,5	15,2	15,0	-1,1	+0,8	-0,2
Brandenburg	14,3	14,3	13,7	13,8	13,8	13,6	13,8	14,4	14,3	+0,0	+0,7	-0,1
Bremen	17,3	14,1	15,2	18,2	15,9	17,3	17,0	18,3	18,9	+1,6	+1,6	+0,6
Hamburg	17,4	16,7	16,8	16,1	18,0	17,4	18,0	17,7	17,9	+0,5	+0,5	+0,2
Hessen	15,3	14,5	14,9	15,0	14,8	14,6	15,1	15,9	15,9	+0,6	+1,3	+0,0
Mecklenburg-Vorpommern	14,6	13,1	13,6	14,4	14,7	13,4	13,7	13,2	13,5	-1,1	+0,1	+0,3
<b>Niedersachsen</b>	<b>15,1</b>	<b>14,3</b>	<b>14,7</b>	<b>14,7</b>	<b>14,6</b>	<b>14,5</b>	<b>15,0</b>	<b>15,2</b>	<b>15,8</b>	<b>+0,7</b>	<b>+1,3</b>	<b>+0,6</b>
Nordrhein-Westfalen	14,6	14,0	14,5	14,6	14,9	14,7	15,6	15,4	16,0	+1,4	+1,3	+0,6
Rheinland-Pfalz	15,3	14,5	14,7	15,4	15,2	15,7	16,0	15,8	16,7	+1,4	+1,0	+0,9
Saarland	13,6	13,9	14,0	14,3	14,0	13,4	14,5	14,6	15,9	+2,3	+2,5	+1,3
Sachsen	13,7	13,3	13,6	13,4	13,6	13,0	12,4	11,9	11,9	-1,8	-1,1	+0,0
Sachsen-Anhalt	14,9	14,1	13,9	15,0	15,2	13,5	14,2	14,0	14,1	-0,8	+0,6	+0,1
Schleswig-Holstein	14,5	14,1	13,9	14,9	15,8	15,2	15,2	15,4	15,6	+1,1	+0,4	+0,2
Thüringen	13,2	12,7	12,9	13,3	13,0	12,5	11,0	10,8	11,7	-1,5	-0,8	+0,9
Deutschland	14,7	14,0	14,3	14,4	14,6	14,5	15,0	15,0	15,5	+0,8	+1,0	+0,5

1) Anteil der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60 % des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung. Das Äquivalenzeinkommen wird auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet. Berechnung: IT.NRW.

**Tab. 1.2 Armutsgefährdungsquoten 2013 nach Ländern und niedersächsischen Regionen – National- und Regionalkonzept**

Land / Region	Nationalkonzept	Regionalkonzept
Baden-Württemberg	11,4	14,8
Bayern	11,3	14,6
Berlin	21,4	15,0
Brandenburg	17,7	14,3
Bremen	24,6	18,9
Hamburg	16,9	17,9
Hessen	13,7	15,9
Mecklenburg-Vorpommern	23,6	13,5
<b>Niedersachsen</b>	<b>16,1</b>	<b>15,8</b>
Ostniedersachsen	16,6	18,1
Südwestfalen	19,7	17,5
Statistische Region Braunschweig	17,8	17,9
Hannover, Landeshauptstadt	20,8	17,1
Hannover, Umland	12,3	14,9
Weser-Leine-Bergland	17,3	15,1
Mittelniedersachsen	14,8	15,3
Statistische Region Hannover	16,2	16,2
Nordniedersachsen	12,3	14,0
Nordostniedersachsen	16,2	17,1
Statistische Region Lüneburg	14,1	15,5
Ostfriesland-Nordseeküste	17,9	14,3
Oldenburger Raum	15,3	15,5
Westniedersachsen	15,5	13,1
Statistische Region Weser-Ems	16,2	14,1
Nordrhein-Westfalen	17,1	16,0
Rheinland-Pfalz	15,4	16,7
Saarland	17,1	15,9
Sachsen	18,8	11,9
Sachsen-Anhalt	20,9	14,1
Schleswig-Holstein	14,0	15,6
Thüringen	18,0	11,7
<b>Deutschland</b>	<b>15,5</b>	<b>15,5</b>

Die niedersächsische Berichterstattung über Armut und Reichtum bevorzugt daher aus methodischen Gründen das Regionalkonzept; wenn nicht anders angegeben, beziehen sich alle in Text und Tabellen genannten Daten auf dieses Konzept. Die nach dem Nationalkonzept berechneten Daten sind aber keineswegs wertlos, und sie werden darum in der Tabelle 1.2 für das Berichtsjahr 2013 denen des Regionalkonzepts vergleichend gegenübergestellt. Beide Indikatoren ergänzen sich: Während das Regionalkonzept bestens geeignet ist, die vertikale Einkommensungleichheit innerhalb einer Region abzubilden, bildet das Nationalkonzept zugleich auch die horizontale Einkommensungleichheit zwischen den Regionen ab. Je mobiler armutsgefährdete Menschen – auch im europäischen Maßstab – werden, weil sie von höheren Einkommen in anderen Regionen angezogen werden, desto relevanter werden die horizontalen Disparitäten.

Bezüglich des gesamten Konzepts der Messung der relativen Armut ist klar, dass dieser Armutsbegriff, der sich prak-

tisch ausschließlich auf die finanziellen Ressourcen stützt, nicht ausreichend ist. Im Sinne des Capability-Ansatzes von Amartya Sen, der nach Verwirklichungschancen fragt, müssten wesentlich mehr Aspekte in die Betrachtung von Armut und sozialer Ausgrenzung eingehen als die bloße Betrachtung von Ressourcen und ihrer Verteilung. Einen wichtigen Ansatz dazu bietet EU-SILC. Diese Erhebung fragt beispielsweise, ob im Haushalt ein PKW, eine Waschmaschine oder ein Farbfernsehgerät aus finanziellen Gründen fehlen, ob man in der Lage ist, die Wohnung angemessen zu heizen, ob man sich jährlich eine Urlaubsreise leisten kann und ob man jeden zweiten Tag eine Fleisch-, Fisch- oder gleichwertige vegetarische Mahlzeit zu sich nehmen kann. Leider gehen in die EU-SILC-Ergebnisse zwar Daten aus Niedersachsen ein, die Stichprobe ist aber derzeit nicht groß genug, um Daten für das Land liefern zu können. EU-SILC und Mikrozensus liefern auch aus verschiedenen Gründen miteinander nicht gut vergleichbare Ergebnisse.<sup>3)</sup>

### Armutsgefährdungsschwelle bei 887 Euro

Das Durchschnittseinkommen betrug 2013 in Niedersachsen ca. 1 478 Euro und war damit 1,5 % höher als im Jahr zuvor. Die 60 %-Schwelle der Armutsgefährdung lag dementsprechend bei 887 Euro (vgl. Tab. 3). Die Pro-Kopf-Einkommen der Niedersachsen blieben 2013 weiterhin leicht unter dem Bundesdurchschnitt von ca. 1 487 Euro; die bundesweite Armutsgefährdungsschwelle lag entsprechend bei 892 Euro und damit 5 Euro höher als die Niedersachsens. Die höchsten Pro-Kopf-Einkommen wurden 2013 in Baden-Württemberg, Bayern, Hessen und Hamburg erzielt – diese vier Länder waren bereits im Jahr 2005 vorne. Relativ niedrige Pro-Kopf-Einkommen und entsprechend niedrigere Armutsgefährdungsschwellen gab es 2013 wie auch in den Vorjahren in den fünf ostdeutschen Flächenländern und Berlin. Die Spanne der Schwellenwerte reichte von 979 Euro in Baden-Württemberg bis 735 Euro in Mecklenburg-Vorpommern. In Ostdeutschland stiegen im vergangenen Jahr die Pro-Kopf-Einkommen etwas geringer als bundesweit.

### Seit 2010 steigt die Gefährdungsquote wieder an – Jede sechste Person ist von Armut bedroht

Niedersachsens Armutsgefährdungsquote von 15,8 % lag 2013 leicht über dem Bundesdurchschnitt von 15,5 %. Auch die Veränderung der Quote im zeitlichen Verlauf entsprach in etwa dem nationalen Durchschnitt. Gegenüber dem Vorjahr nahm die Quote in Niedersachsen um +0,6

3) Derzeit wird im Verbund der amtlichen Statistik Deutschlands intensiv an einer Reform der Haushaltsstatistiken gearbeitet. Eines der Ziele der Reform ist es, diese Erhebungen miteinander so zu verzahnen, dass sie kohärente Ergebnisse liefern. Aus niedersächsischer Sicht wäre es sehr wünschenswert, wenn im Zuge dieses Projekts EU-SILC-Angaben mittelfristig auch für die Ebene der Länder der Bundesrepublik Deutschland nutzbar gemacht würden.

Prozentpunkte<sup>4)</sup> und in Deutschland um +0,8 Prozentpunkte zu. Mittelfristig, im Vergleich zum Jahr 2005, stieg die Quote bundesweit um +0,8 und im Lande um +0,7 Punkte (vgl. Tab. 1.1). Lange Zeit war die Aussage richtig: Jede siebte Person ist armutsgefährdet – jetzt muss man aber sagen, dass jede sechste Person im Land von Armut bedroht ist.

Die höchsten Quoten gab es 2013 in den Stadtstaaten Bremen (18,9 %) und Hamburg (18,7 %), wo die Einkommen sehr ungleich verteilt sind. Die niedrigste Gefährdungsquote von 11,7 % wies Thüringen auf. In den ostdeutschen Ländern sind die Einkommen zwar geringer als im Westen, aber sie sind vertikal gleichmäßiger verteilt. Daher ist die Zunahme der Armutsgefährdungsquote unter anderem darauf zurückzuführen, dass die Einkommenszuwächse ungleich verteilt sind: So stiegen z.B. die Bruttojahresverdienste von Vollzeitbeschäftigten in Niedersachsen 2013 um 1,6 %. Das untere Sechstel der Gesellschaft partizipierte an diesem allgemeinen Einkommenszuwachs – weniger.

In der zeitlichen Entwicklung wird deutlich, dass das Jahr 2010 in Niedersachsen und bundesweit eine Trendwende darstellt; darum wird in der Tabelle 1.1 als Zusatzinformation auch die Entwicklung seit 2010 angegeben. Von 2005 bis 2010 ging die Armutsgefährdung tendenziell zurück auf seinerzeit 14,5 %. Seitdem aber steigt sie wieder an, wie auch schon in den Jahren vor 2005. Gegenüber 2010 war die Quote in Niedersachsen 2013 um +1,3 Punkte gestiegen; einen höheren Anstieg gab es nur im Saarland. Es gibt aber, wie bereits vor einem Jahr festgestellt<sup>5)</sup>, einen deutlichen Unterschied zur Entwicklung vor 2005. Seinerzeit stellten die einschlägigen Studien eine Polarisierung fest, denn es stiegen sowohl der Anteil der „Armen“ wie auch der der Reichen“, und die „soziale Mitte“ erodierte von beiden Seiten her. Das ist jetzt anders, denn die Reichtumsquote stagniert (siehe unten) bzw. wächst nur sehr gering. Insofern haben wir es derzeit weniger mit einer sozialen Polarisierung zu tun, sondern eher damit, dass das untere Sechstel der Bevölkerung von den „Mittelschichten“ abgehängt wird, weil es an den Einkommenssteigerungen zu wenig partizipiert.

Ergänzend hierzu kommen die Informationen der Tabelle 1.2: Legt man bundesweit einheitliche Schwellenwerte für die Armutsgefährdung zugrunde, gibt es die geringste Gefährdung in den süddeutschen Ländern Bayern (11,3 %), Baden-Württemberg (11,4 %) und Hessen (13,7 %). Niedersachsens Quote liegt bei 16,1 % und bleibt zwar insgesamt im Bundesvergleich durchschnittlich, liegt aber aufgrund der allgemein niedrigeren Einkommen in Nieder-

sachsen klarer über dem Bundesdurchschnitt von 15,5 % als die nach dem Regionalkonzept berechnete Quote. Sehr hohe Quoten gibt es nach dieser Berechnungsmethode vor allem in Bremen (24,6 %), Mecklenburg-Vorpommern (23,6 %) und Berlin (21,4 %). Die Spannweite der Quoten ist deutlich höher als nach dem Regionalkonzept, und in der großräumigen Regionalbetrachtung kommt das immer wieder beobachtete Südwest-Nordost-Gefälle der Einkommensverteilung stark zum Ausdruck.

### Reichtumsquote bei 7,4 %

Die Reichtumsquote Niedersachsens lag 2013 bei 7,4 % (vgl. Tab. 2). Damit verfügten ca. 576 500 Niedersachsen über ein Einkommen von 200 % oder mehr des Medians. Die Reichtumsquote blieb in Niedersachsen seit 2005 weitgehend stabil: 2005, 2006, 2009 und 2013 lag sie bei 7,4 %, in den anderen Jahren leicht darunter. Einen Tiefpunkt hatte die Quote 2007 und 2008 mit Werten von 7,0 bzw. 7,1 % erreicht, seitdem stieg sie tendenziell leicht an. Bundesweit fiel die Reichtumsquote mit 8,2 % deutlich höher aus als in Niedersachsen. Die zeitliche Entwicklung der letzten Jahre ist zwar insofern ähnlich, als erst seit 2008 leichte Zunahmen beobachtbar sind, insgesamt aber stieg die Quote im langfristigen Vergleich mit 2005 bundesweit um +0,5 Punkte, während sie in Niedersachsen gleich blieb. Im Ländervergleich ist bezüglich dieser langfristigen Entwicklung eine Sonderstellung Niedersachsens auffällig: In allen anderen Ländern bis auf Bremen, dessen Werte allerdings stark schwanken und daher schwer interpretierbar sind, lag die Reichtumsquote 2013 zum Teil deutlich höher als 2005.

Hohe Reichtumsquoten, die deutlich über dem nationalen Durchschnitt liegen, treten seit Jahren in den Stadtstaaten – Hamburg (9,9 %), Berlin (9,6 %) und Bremen (9,5 %) – auf. In Hamburg und Bremen korrespondiert dies mit überdurchschnittlichen Armutsgefährdungsquoten. Auch für Hessen mit seinem Finanzzentrum Frankfurt wurde mit 9,4 % eine hohe Reichtumsquote ermittelt. Nach wie vor niedrige Reichtumsquoten gibt es in den ostdeutschen Flächenländern. Der niedrigste Wert von nur 5,6 % trat in Mecklenburg-Vorpommern auf. In den südlichen Ländern Ostdeutschlands, also in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen, ist im langfristigen Vergleich mit 2005 eine kräftige Zunahme der Reichtumsquote beobachtbar, während im Nordosten, also in Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern, die Quote unterdurchschnittlich anstieg.

Die obigen Aussagen beziehen sich auf den Anteil der **Personen**, deren Einkommen mehr als das Doppelte des Durchschnitts beträgt. Viele von diesen wird man eher als „wohlhabend“ denn als „reich“ ansehen. Vor allem aber ist damit noch nichts gesagt über den Anteil der Reichen am gesamten Volkseinkommen; über deren Vermögen sind zuverlässige statistische Angaben sogar noch schwieriger

4) Veränderungen der Quoten gegenüber früheren Jahren werden in Prozentpunkten bzw. Punkten (Differenz des alten vom neuen Prozentwert) nachgewiesen.

5) Vgl. Eichhorn, Lothar, Armutsgefährdung in Niedersachsen im Jahr 2012, in: Statistische Monatshefte Niedersachsen, Heft 9/2013, hier vor allem S. 499.

Tab. 2 Einkommensreichumsquoten<sup>1)</sup> 2005 bis 2013 nach Ländern (Regionalkonzept)

Land	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	Veränderung 2013/2005
	%									%-punkte
Baden-Württemberg	7,3	7,4	7,3	7,3	7,5	7,4	7,5	7,5	7,8	+0,5
Bayern	7,9	7,8	8,1	7,9	7,9	7,9	8,0	8,1	8,2	+0,3
Berlin	9,2	9,5	9,1	9,2	9,3	9,0	9,2	8,7	9,6	+0,4
Brandenburg	6,4	5,9	5,6	5,6	5,8	6,5	7,0	6,9	6,8	+0,4
Bremen	9,5	8,7	7,1	7,5	8,3	8,9	9,1	8,8	9,5	-0,0
Hamburg	9,1	9,2	9,7	9,8	10,2	10,1	9,8	9,2	9,9	+0,8
Hessen	8,5	8,8	8,7	8,7	8,9	8,9	8,8	9,3	9,4	+0,9
Mecklenburg-Vorpommern	5,3	5,5	5,3	5,3	5,5	6,1	5,5	5,7	5,6	+0,3
<b>Niedersachsen</b>	<b>7,4</b>	<b>7,4</b>	<b>7,0</b>	<b>7,1</b>	<b>7,4</b>	<b>7,3</b>	<b>7,3</b>	<b>7,3</b>	<b>7,4</b>	<b>-0,0</b>
Nordrhein-Westfalen	8,0	8,1	8,1	8,1	8,2	8,6	8,4	8,4	8,5	+0,5
Rheinland-Pfalz	7,3	7,6	7,6	7,9	7,9	8,4	8,2	8,2	8,0	+0,7
Saarland	6,8	7,4	7,1	6,5	7,4	6,6	6,6	6,7	7,6	+0,8
Sachsen	4,3	4,7	4,4	4,4	4,9	5,3	5,4	5,9	6,1	+1,8
Sachsen-Anhalt	4,9	4,8	4,6	4,5	5,3	5,2	5,2	5,3	6,3	+1,4
Schleswig-Holstein	7,2	6,6	6,8	7,5	7,3	7,8	7,1	7,2	7,3	+0,1
Thüringen	4,4	3,9	4,1	4,6	4,9	5,2	5,5	5,9	5,8	+1,4
<b>Deutschland</b>	<b>7,7</b>	<b>7,8</b>	<b>7,7</b>	<b>7,7</b>	<b>7,8</b>	<b>8,1</b>	<b>8,1</b>	<b>8,1</b>	<b>8,2</b>	<b>+0,5</b>

1) Anteil der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von mehr als 200 % des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung. Das Äquivalenzeinkommen wird auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet.  
Berechnung: IT.NRW.

zu bekommen. Das tatsächliche Ausmaß des Reichtums ist statistisch nur wenig erforscht.

Einen guten Hinweis auf das Ausmaß des Reichtums in Niedersachsen kann die Lohn- und Einkommensteuer-

tistik 2010 geben. Aus dieser geht hervor, dass 15 964 Steuerpflichtige einen „Gesamtbetrag der Einkünfte“ von über 250 000 Euro angaben. Das waren 0,43 % der Steuerpflichtigen, die über 7,7 % der Einkünfte verfügten.

Tab. 3 Armutsgefährdungsschwellen<sup>1)</sup> für Einpersonenhaushalte 2005 bis 2013 nach Ländern

Land	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	Veränderung 2013/2012
	€									%
Baden-Württemberg	800	811	831	856	871	895	925	952	979	+2,8
Bayern	787	796	817	846	859	892	916	943	973	+3,2
Berlin	692	704	721	731	742	766	785	803	814	+1,4
Brandenburg	661	677	701	734	749	777	793	803	826	+2,9
Bremen	662	668	711	726	746	775	781	806	797	-1,1
Hamburg	762	787	812	845	871	903	913	928	934	+0,6
Hessen	781	786	815	828	845	872	895	919	941	+2,4
Mecklenburg-Vorpommern	615	626	633	654	677	696	718	724	735	+1,5
<b>Niedersachsen</b>	<b>730</b>	<b>731</b>	<b>752</b>	<b>768</b>	<b>790</b>	<b>812</b>	<b>841</b>	<b>861</b>	<b>887</b>	<b>+3,0</b>
Nordrhein-Westfalen	739	748	763	785	796	815	835	855	873	+2,1
Rheinland-Pfalz	755	771	786	803	819	843	869	894	920	+2,9
Saarland	701	707	720	762	765	809	836	856	869	+1,5
Sachsen	653	668	677	698	706	726	736	755	775	+2,6
Sachsen-Anhalt	630	640	655	677	694	725	741	753	773	+2,7
Schleswig-Holstein	757	783	790	819	837	851	882	905	927	+2,4
Thüringen	640	654	673	699	713	736	759	770	791	+2,7
<b>Deutschland</b>	<b>736</b>	<b>746</b>	<b>764</b>	<b>787</b>	<b>801</b>	<b>826</b>	<b>849</b>	<b>870</b>	<b>892</b>	<b>+2,5</b>

1) 60 % des Medians der auf der Basis der neuen OECD-Skala berechneten monatlichen Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung.  
Berechnung: IT.NRW.

## Welche sozialen Gruppen sind stark von Armut gefährdet und welche Entwicklungen sind erkennbar?

Es gibt soziale Gruppen mit einem äußerst niedrigen Armutsrisiko, und zwar

- Menschen in Haushalten von Hochqualifizierten (5,2 %) sowie Hochqualifizierte (25 Jahre und älter): 5,5 %
- abhängig Erwerbstätige (7,8 %), deren Gefährdungsquote niedriger liegt als die der Selbstständigen von 9,1 %
- Menschen in Zwei-Personen-Haushalten ohne Kinder (8,9 %) sowie sonstige Haushalte ohne Kinder (9,0 %).

Umgekehrt gibt es soziale Gruppen, die besonders stark armutsgefährdet sind (vgl. Tab. 4). Ausgehend von der Gefährdungsquote der Gesamtbevölkerung von 15,8 % wird im Folgenden dargestellt, welche Gruppen dies sind und welche auffälligen Entwicklungen seit 2005 im Lande erkennbar sind. Quoten, die 50 % oder mehr über dem Durchschnitt von 15,8 % liegen, also Werte von mindestens 23,8 % annehmen, gab es 2013 bei

- 24,5 %: 18- bis unter 25-jährige Männer
- 26,5 %: Menschen in Einpersonenhaushalten
- 26,6 %: 18- bis unter 25-jährige Frauen
- 27,0 %: Kinderreiche Haushalte (Zwei Erwachsene, drei oder mehr Kinder)

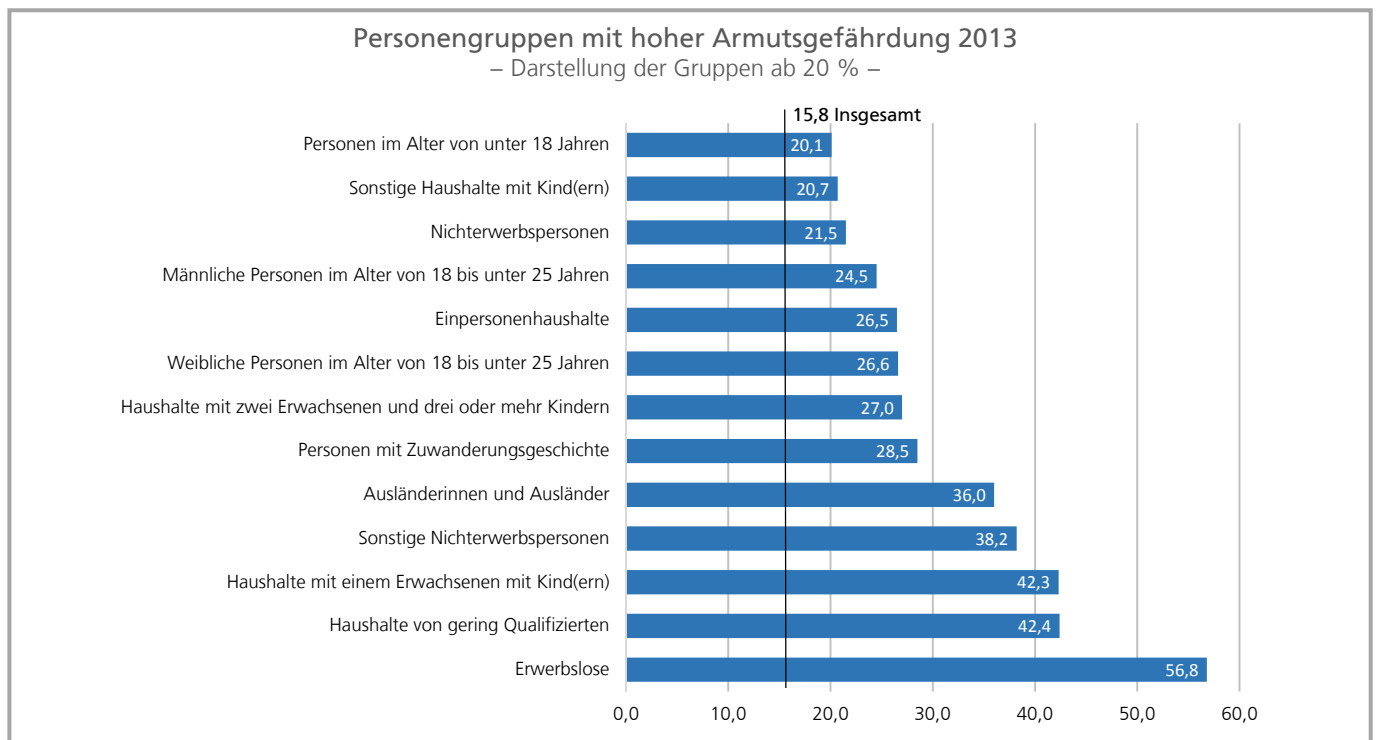
- 28,5 %: Menschen mit Zuwanderungsgeschichte<sup>6)</sup>
- 31,5 %: Gering Qualifizierte Personen über 25 Jahre
- 36,0 %: Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit
- 38,2 %: Sonstige Nichterwerbspersonen (weder Kinder/Jugendliche noch Rentner)
- 42,3 %: Alleinerziehende
- 42,4 %: Menschen in Haushalten von Geringqualifizierten
- 56,8 %: Erwerbslose

Welche Strukturen und Entwicklungen sind erkennbar?

**Alter und Geschlecht:** Die Quote der 18- bis unter 25-Jährigen lag im Durchschnitt beider Geschlechter bei 19,9 %. Typisch für dieses Alter ist die Ausbildungsphase, die oft durch niedrige Einkommen gekennzeichnet ist. Die Quote der Frauen war 2,1 Punkte höher als die der Männer; dies dürfte mit einem höheren Anteil von Alleinerziehenden zu erklären sein.

Insgesamt lag die Armutsgefährdungsquote der Frauen 2013 bei 16,6 % und die der Männer bei 15,0 %, wobei die Quote der Frauen mittel- und langfristig stärker stieg.

<sup>6)</sup> Der Begriff „Menschen mit Zuwanderungsgeschichte“ wird im Folgenden synonym mit dem Begriff „Menschen mit Migrationshintergrund“ gebraucht.



Tab. 4 Armutsgefährdungsquoten<sup>1)</sup> für Niedersachsen 2005 bis 2013 nach soziodemografischen Merkmalen

Merkmal	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	Veränderung 2013/2005	Veränderung 2013/2010	Veränderung 2013/2012
	%									% - Punkte		
<b>Insgesamt</b>	15,1	14,3	14,7	14,7	14,6	14,5	15,0	15,2	15,8	+0,7	+1,3	+0,6
<b>Alter</b>												
Unter 18	20,2	20,1	20,1	20,1	19,9	19,4	19,7	19,9	19,9	-0,3	+0,5	+0,0
18 bis unter 25	25,9	22,6	23,3	23,5	22,6	23,8	21,9	23,7	25,6	-0,3	+1,8	+1,9
25 bis unter 50	14,1	13,4	13,7	13,8	13,5	13,3	13,4	13,5	14,1	+0,0	+0,8	+0,6
50 bis unter 65	10,7	10,0	10,5	10,6	11,0	11,1	11,8	11,6	11,9	+1,2	+0,8	+0,3
65 und älter	12,2	11,3	12,1	12,0	12,4	12,2	14,0	14,4	15,4	+3,2	+3,2	+1,0
<b>Geschlecht</b>												
Männlich	14,6	13,9	14,1	14,1	14,0	14,0	14,2	14,3	15,0	+0,4	+1,0	+0,7
Weiblich	15,7	14,7	15,3	15,3	15,2	15,0	15,8	16,0	16,6	+0,9	+1,6	+0,6
<b>Alter und Geschlecht</b>												
<b>Männlich</b>												
18 bis unter 25	24,0	21,3	22,0	21,9	21,3	22,1	21,9	22,5	24,5	+0,5	+2,4	+2,0
25 bis unter 50	13,8	13,0	13,2	13,0	12,9	12,8	12,4	12,7	13,5	-0,3	+0,7	+0,8
50 bis unter 65	10,6	9,9	10,4	10,7	10,8	11,1	11,5	11,1	11,7	+1,1	+0,6	+0,6
65 und älter	10,1	9,7	9,8	9,6	10,0	10,3	11,3	11,5	12,6	+2,5	+2,3	+1,1
<b>Weiblich</b>												
18 bis unter 25	27,8	23,9	24,6	25,2	24,1	25,7	22,0	24,9	26,6	-1,2	+0,9	+1,7
25 bis unter 50	14,4	13,7	14,2	14,5	14,1	13,8	14,4	14,3	14,7	+0,3	+0,9	+0,4
50 bis unter 65	10,8	10,1	10,5	10,5	11,2	11,0	12,1	12,2	12,1	+1,3	+1,1	-0,1
65 und älter	13,8	12,6	13,9	13,9	14,3	13,7	16,2	16,6	17,7	+3,9	+4,0	+1,1
<b>Haushaltstyp<sup>2)</sup></b>												
Einpersonenhaushalt	22,9	21,0	23,5	23,5	23,3	22,7	24,7	25,5	26,5	+3,6	+3,8	+1,0
Zwei Erwachsene ohne Kind	8,7	7,6	7,8	7,4	7,8	8,0	8,6	8,4	8,9	+0,2	+0,9	+0,5
Sonstiger Haushalt ohne Kind	9,7	8,5	7,9	8,1	7,7	8,7	7,4	8,2	9,0	-0,7	+0,3	+0,8
Ein(e) Erwachsene(r) mit Kind(ern)	37,5	38,5	40,6	42,3	41,5	39,9	44,2	44,0	42,3	+4,8	+2,4	-1,7
Zwei Erwachsene und ein Kind	9,9	10,2	9,7	10,3	10,3	9,0	9,3	8,9	9,5	-0,4	+0,5	+0,6
Zwei Erwachsene und zwei Kinder	11,8	11,4	11,2	9,7	9,8	9,7	9,8	9,4	10,2	-1,6	+0,5	+0,8
Zwei Erwachsene und drei oder mehr Kinder	29,1	29,4	29,2	28,4	24,7	26,7	25,6	26,9	27,0	-2,1	+0,3	+0,1
Sonstiger Haushalt mit Kind(ern)	20,3	17,2	17,6	18,9	20,6	19,3	18,3	19,8	20,7	+0,4	+1,4	+0,9
<b>Erwerbsstatus<sup>3)</sup></b>												
Erwerbstätige	7,0	6,6	6,9	7,2	7,2	7,4	7,4	7,5	8,0	+1,0	+0,6	+0,5
Selbständige												
(einschl. mithelfende Familienangehörige)	9,0	7,8	7,4	8,5	8,0	8,4	8,4	8,8	9,1	+0,1	+0,7	+0,3
Abhängig Erwerbstätige	6,7	6,5	6,9	7,0	7,1	7,3	7,3	7,3	7,8	+1,1	+0,5	+0,5
Erwerbslose	49,3	47,0	55,8	56,2	52,9	52,3	56,4	57,8	56,8	+7,5	+4,5	-1,0
Nichterwerbspersonen	18,5	17,8	18,4	18,6	18,8	18,7	20,0	20,6	21,5	+3,0	+2,8	+0,9
Rentner/-innen und Pensionäre/Pensionärinnen <sup>4)</sup>	11,2	10,5	11,4	11,5	12,0	12,2	14,1	14,6	15,8	+4,6	+3,6	+1,2
Personen im Alter von unter 18 Jahren	20,3	20,3	20,2	20,2	20,0	19,5	19,8	20,0	20,1	-0,2	+0,6	+0,1
Sonstige Nichterwerbspersonen	29,3	28,2	30,0	31,1	31,9	32,1	34,5	36,3	38,2	+8,9	+6,1	+1,9
<b>Qualifikationsniveau<sup>5)</sup> der Person mit dem höchsten Einkommen im Haushalt (Haupteinkommensbezieher)</b>												
Niedrig (ISCED 0 bis 2)	34,4	32,4	34,9	35,9	36,0	35,7	38,3	40,1	42,4	+8,0	+6,7	+2,3
Mittel (ISCED 3 und 4)	12,7	12,3	12,9	12,9	12,8	12,8	13,5	13,4	14,1	+1,4	+1,3	+0,7
Hoch (ISCED 5 und 6)	4,7	4,8	4,2	4,4	4,3	4,7	4,8	5,1	5,2	+0,5	+0,5	+0,1
<b>Qualifikationsniveau<sup>5)</sup> (Personen im Alter von 25 Jahren und älter)</b>												
Niedrig (ISCED 0 bis 2)	24,9	23,2	24,6	25,4	26,0	26,2	28,7	30,0	31,5	+6,6	+5,3	+1,5
Mittel (ISCED 3 und 4)	9,8	9,5	10,1	10,1	10,2	10,1	11,0	10,8	11,5	+1,7	+1,4	+0,7
Hoch (ISCED 5 und 6)	5,2	5,1	5,0	5,2	5,1	5,0	5,1	5,2	5,5	+0,3	+0,5	+0,3
<b>Staatsangehörigkeit</b>												
Ohne deutsche Staatsangehörigkeit	43,0	41,9	40,3	40,0	37,9	36,7	35,4	36,5	36,0	-7,0	-0,7	-0,5
Mit deutscher Staatsangehörigkeit	13,1	12,3	12,8	12,9	13,0	12,9	13,8	13,9	14,5	+1,4	+1,6	+0,6
<b>Migrationshintergrund<sup>6)</sup></b>												
Mit Migrationshintergrund	33,2	32,1	32,2	31,3	29,7	29,1	28,5	28,7	28,5	-4,7	-0,6	-0,2
Ohne Migrationshintergrund	11,7	10,9	11,3	11,4	11,5	11,5	12,3	12,4	13,0	+1,3	+1,5	+0,6

1) Anteil der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60 % des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung. Das Äquivalenzeinkommen wird auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet.

2) Zu den Kindern zählen Personen im Alter von unter 18 Jahren ohne Lebenspartner/-in und eigene Kinder im Haushalt.

3) Nach dem "Labour-Force-Konzept" der International Labour Organization (ILO).

4) Personen mit Bezug einer eigenen (Versicherten-) Rente, Pension und Personen im Alter von 65 Jahren und älter mit Bezug einer Hinterbliebenenrente, -pension.

5) Das Qualifikationsniveau wird entsprechend der nationalen Klassifikation des Bildungswesens (ISCED) bestimmt. Gering Qualifizierte: maximal ISCED Stufe 2, Qualifizierte: ISCED Stufen 3 oder 4, Hochqualifizierte: ISCED Stufe 5 oder höher.

6) Als Person mit Migrationshintergrund gilt, wer eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzt, oder im Ausland geboren wurde und nach 1949 zugewandert ist, oder in Deutschland geboren ist und eingebürgert wurde, oder ein Elternteil hat, das zugewandert ist, eingebürgert wurde oder eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzt. Berechnung: IT.NRW.

Dies resultiert vor allem aus der Entwicklung der **Altersarmut** der über 65-Jährigen: Diese lag bei den Männern bei 12,6 % und bei den Frauen bei 17,7 %. Im Vergleich zum Jahr 2010 stieg die Gefährdungsquote der älteren Frauen um 4 Prozentpunkte. Die der Männer stieg auch, aber „nur“ um 2,3 Punkte. Das ist besonders darum relevant, weil ca. 57 % der über 65-Jährigen Frauen sind. Diskontinuierliche Erwerbsbiografien, Teilzeitarbeit und Minijobs führen verstärkt dazu, dass besonders für die Frauen die Rentenansprüche oft zu gering sind.

**Kinder und Jugendliche:** Ein Fünftel (19,9 %) aller Kinder und Jugendlichen galten als armutsgefährdet. Diese Quote war gegenüber dem Vorjahr unverändert und lag sogar leicht unter der Quote des Jahres 2005. In bestimmten Lebenslagen stellen Kinder ein Armutsrisiko dar: Einerseits muss, wenn Kinder da sind, das Familienbudget für mehr Personen ausreichen – andererseits muss für die Kinderbetreuung Zeit aufgewendet werden, so dass die Zeit, die für Erwerbsarbeit zur Verfügung steht, knapper wird. Dies sieht man an den hohen Armutsgefährdungsquoten für Haushalte mit drei und mehr Kindern (27,0 %) und noch stärker bei Alleinerziehenden (42,3 %). Im Vorjahresvergleich hat die Armutsgefährdung dieser beiden Gruppen zwar leicht abgenommen, aber sowohl im Vergleich zum Jahr 2010 als auch im langfristigen Vergleich mit 2005 sind die Quoten, vor allem für Alleinerziehende, gestiegen. Außerdem ist die leichte Abnahme im Vorjahresvergleich eine niedersächsische Besonderheit: Bundesweit stieg die Armutsgefährdungsquote der Alleinerziehenden von 41,9 % (2012) auf 43,0 % (2013). Bundesweit nahm im gleichen Zeitraum auch die Gefährdungsquote der kinderreichen Haushalte von 23,5 % auf 24,3 % zu.

**Menschen mit Zuwanderungsgeschichte:** Menschen mit Zuwanderungsgeschichte lebten 2013 mit einem weitaus höheren Armutsrisiko (28,5 %) als Menschen ohne Zuwanderungsgeschichte (12,4 %). Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit – zahlreiche Menschen mit Migrationsgeschichte haben die deutsche Staatsangehörigkeit, z.B. weil sie eingebürgert wurden – unterlagen sogar einer Risikoquote von 36,0 %. Diese Risikoquoten waren in Niedersachsen auch im regionalen Vergleich sehr hoch: Bundesweit lagen die entsprechenden Quoten bei 26,6 % (Menschen mit Zuwanderungsgeschichte) bzw. 32,0 % (Ausländerinnen und Ausländer).

**Qualifikation:** 42,4 % der Menschen in Haushalten mit einem niedrig qualifizierten Haupteinkommensbezieher waren armutsgefährdet. Die Einstufung richtet sich nach dem internationalen ISCED-Code; eine niedrige Qualifikation (ISCED-Stufe I und II) bedeutet, dass die betreffende Person maximal einen Hauptschulabschluss und keinen berufsqualifizierenden Abschluss hat. Die Armutsrisikoquote der gering Qualifizierten war 2013 nicht nur sehr hoch, sie hatte zudem auch noch stark zugenommen: Die Zuwächse

betragen gegenüber dem Jahr 2005 +8,0 und gegenüber 2010 +6,7 Punkte. Die entsprechende Quote lag in Niedersachsen auch deutlich höher als der Bundesdurchschnitt von 39,3 %.

**„Sonstige Nichterwerbspersonen“:** Eine äußerst heterogene Gruppe sind die „sonstigen Nichterwerbspersonen“, die weder Kinder und Jugendliche noch Rentner sind. Diese Gruppe wies 2013 eine Armutsgefährdung von 38,2 % auf. Die Quote stieg langfristig außerdem noch stark an, denn sie lag um 8,9 Punkte über dem Wert von 2005. Das ist der höchste Zuwachs von allen untersuchten sozialen Gruppen. „Erwerbsperson“ ist der Oberbegriff von Erwerbstätigen und Erwerbslosen; „Nichterwerbspersonen“ sind weder erwerbstätig noch streben sie eine Erwerbstätigkeit an. Daher sind die meisten Kinder, Jugendliche und Rentner „Nichterwerbspersonen“. Die „sonstigen Nichterwerbspersonen“ sind z.B. solche Personen im Erwerbsalter, die von Angehörigen unterhalten werden; es sind aber auch Schwerbehinderte und Kranke, die nicht arbeiten können. Auch die Angehörigen der „stillen Reserve“ des Arbeitsmarktes gehören dazu.

**Erwerbslosigkeit:** 56,8 % der Erwerbslosen galten 2013 als armutsgefährdet, und zwar trotz Arbeitslosengeld I und II: In weit mehr als der Hälfte der Fälle reichten die Sozialleistungen nicht aus, um den Menschen über die Armutsrisikoschwelle zu helfen. Dieses Ergebnis steht in Niedersachsen nicht singulär da, denn bundesweit lag die entsprechende Quote sogar bei 58,7 %. Die Armutsgefährdung der Erwerbslosen ging 2013 im Vorjahresvergleich zwar leicht um -1,0 Punkte zurück, im Vergleich zu 2005 und 2010 stieg sie aber stark um +7,5 bzw. +4,5 Punkte an.

### Hannover im Großstädtevergleich

Großstädte sind durch eine Pluralität der Lebensstile, Milieus und sozialen Gruppen gekennzeichnet. Typisch für großstädtisches Leben sind soziale Dichotomien, die auch sozialräumlich verfestigt sind: Es gibt hier relativ hohe Anteile von „Reichen“ und „Armen“ gleichzeitig, die aber oft in verschiedenen Stadtteilen bzw. Quartieren leben. Tabelle 5 zeigt die Armutsgefährdungsquoten (Regionalkonzept) der 15 deutschen Großstädte mit mehr als 500 000 Einwohnerinnen und Einwohnern. Die Quote der niedersächsischen Landeshauptstadt Hannover lag 2013 bei 17,1 % und damit im Mittelfeld der Städte. Die Spannweite reichte von 13,9 bis 20,4 %. Dieser Wert lag deutlich niedriger als 2005 (-2,6 Punkte) und 2010 (-2,5 Punkte). Rückgänge im langfristigen Vergleich zu 2005 gab es außer in Hannover nur in Berlin, Dortmund und Dresden. In den anderen 11 Großstädten stiegen die Quoten mehr oder weniger stark an. Den höchsten Zuwachs musste Baden-Württembergs Hauptstadt Stuttgart mit +3,6 Punkten hinnehmen.



Tab. 5 Armutsgefährdungsquoten<sup>1)</sup> 2005 bis 2013 nach ausgewählten deutschen Großstädten

Städte der Bundesrepublik	Auf Basis des Medians der jeweiligen Großstadt										
	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	Veränderung 2013/2005	Veränderung 2013/2010
	%										% - Punkte
Berlin	16,1	13,3	13,9	14,3	14,1	14,2	15,5	15,2	15,0	-1,1	+0,8
Bremen	17,3	13,3	14,6	18,1	16,7	17,1	17,3	17,8	18,3	+1,0	+1,2
Dortmund	15,9	14,8	14,3	17,1	17,7	17,9	18,0	15,2	14,0	-1,9	-3,9
Dresden	18,4	16,8	18,3	17,1	16,3	16,6	15,9	16,2	16,0	-2,4	-0,6
Duisburg	13,6	13,7	16,4	13,8	14,4	13,9	14,2	14,1	13,9	+0,3	+0,0
Düsseldorf	16,9	17,8	16,8	16,2	16,5	18,6	20,5	19,7	18,2	+1,3	-0,4
Essen	17,6	14,0	14,4	17,7	17,4	17,5	19,1	18,6	19,4	+1,8	+1,9
Frankfurt am Main	17,9	17,7	16,7	17,8	18,1	17,6	19,5	20,3	19,0	+1,1	+1,4
Hamburg	17,4	16,7	16,8	16,1	18,0	17,4	17,9	17,6	18,7	+1,3	+1,3
<b>Hannover</b>	<b>19,7</b>	<b>17,9</b>	<b>18,6</b>	<b>19,8</b>	<b>20,2</b>	<b>19,6</b>	<b>20,2</b>	<b>18,9</b>	<b>17,1</b>	<b>-2,6</b>	<b>-2,5</b>
Köln	18,1	15,5	16,9	18,3	18,9	17,3	18,9	19,2	19,5	+1,4	+2,2
Leipzig	16,7	16,1	16,7	18,3	19,1	15,9	15,8	16,0	16,8	+0,1	+0,9
München	17,6	17,2	18,4	17,7	17,6	18,0	18,5	18,4	18,0	+0,4	+0,0
Nürnberg	17,7	16,6	17,4	16,8	16,4	17,9	18,0	17,3	17,9	+0,2	+0,0
Stuttgart	16,8	15,6	17,2	17,7	19,5	18,6	20,7	19,3	20,4	+3,6	+1,8

1) Anteil der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60 % des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung. Das Äquivalenzeinkommen wird auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet.  
Berechnung: IT.NRW.

Legt man bundesweit einheitliche Armuts-Schwellenwerte zugrunde, ergibt sich für 2013 ein anderes Bild: Großstädte mit einer sehr großen Armutspopulation sind dann vor allem Leipzig (25,1 %), Dortmund (25,0 %) und Duisburg (24,3 %). Im Großstädtevergleich niedrige Quoten gab es 2013 in Frankfurt am Main (14,7 %) und Stuttgart (15,2 %). Hannovers Quote lag bei 20,8 %. Bei der Interpretation dieser unterschiedlichen Werte ist zu berücksichtigen, dass die von der BA für Arbeit an SGB II-Empfänger gezahlten „Leistungen für Unterkunft und Heizung“ regional unterschiedlich hoch ausfallen, weil das Mietniveau in Städten wie Stuttgart und Frankfurt am Main deutlich höher ist als z.B. in Duisburg. Dies führt dazu, dass SGB II-Empfänger in Großstädten mit hohem Mietniveau ein höheres Einkommen haben als in Städten mit weniger angespanntem Wohnungsmarkt.

### Hohe Quoten im Süden und Osten des Landes

Die Tabelle 6 stellt die Armutsgefährdungsquoten im innerniedersächsischen Vergleich der vier „Statistischen Regionen“ des Landes, also der ehemaligen Regierungsbezirke, sowie der Anpassungsschichten des Mikrozensus dar. Diese fassen mehrere Landkreise bzw. kreisfreie Städte zusammen, und für sie kann man die Armutsquoten berechnen, ohne allzu große zufallsbedingte Schwankungen im Zeitablauf zu riskieren. Diese Regionalebene wurde für Niedersachsen gewählt, während anderswo Raumordnungsregionen nachgewiesen wurden; diese sind für das Land weniger geeignet, weil sie nicht „landesscharf“ dargestellt werden können, sondern Bremen und Bremerhaven mit niedersächsischen Kreisen zusammen darstellen. Die Anpas-

sungsschichten sind, anders als Raumordnungsregionen, den Statistischen Regionen eindeutig zugeordnet.

In der Statistischen Region Braunschweig wurde 2013 eine Armutsgefährdungsquote von 17,9 % gemessen. Dieser Wert lag höher als in den Statistischen Regionen Hannover (16,2 %), Lüneburg (15,5 %) und Weser-Ems (14,1 %). In der Statistischen Region Braunschweig nahm die Quote seit 2009 kontinuierlich zu. Besonders hoch war die Armutsgefährdung mit 18,1 % in Ostniedersachsen, aber auch Südniedersachsen wies mit 17,5 % einen überdurchschnittlichen Wert auf.

Relativ niedrige Quoten gab es vor allem im Westen des Landes, obwohl auch hier seit 2010 eine steigende Tendenz auftritt. Die landesweit niedrigste Quote gab es im Osnabrücker Raum (Westniedersachsen) mit nur 13,1 %. Im Oldenburger Raum lag die Quote bei 15,5 % und damit erheblich höher (+2,8 Punkte) als 2010. Im Raum Ostfriesland-Nordseeküste lag die Quote bei 14,3 %.

In der Statistischen Region<sup>7)</sup> Hannover lag die Armutsgefährdungsquote 2013 bei 16,2 %, derselbe Wert wie schon 2008 und 2011. Relativ hohe Werte gab es in der Landeshauptstadt (17,1 %). Im Umland der Stadt fiel sie mit 14,9 % erheblich niedriger aus als in der Stadt und auch im Landesdurchschnitt, ebenso wie in den anderen

7) Die Region Hannover ist eine Gebietskörperschaft und darf nicht mit der „Statistischen Region Hannover“ verwechselt werden. Letztgenannte ist eine nichtadministrative Analyseebene der amtlichen Statistik und entspricht dem früheren Regierungsbezirk Hannover. Die Region Hannover besteht aus der Landeshauptstadt und ihren Umlandgemeinden, dem früheren Landkreis Hannover. Aufgrund ihrer ausreichend hohen Einwohnerzahl unterteilt der Mikrozensus die Region Hannover in zwei Anpassungsschichten.

Tab. 6 Armutsgefährdungsquoten<sup>1)</sup> 2008 bis 2013 nach Anpassungsschichten und Statistischen Regionen (Regionalkonzept)

Anpassungsschicht / Statistische Region		2008	2009	2010	2011	2012	2013	Veränderung 2013/2010	Veränderung 2013/2008
		%						% - Punkte	
Ostniedersachsen	KS Wolfsburg, LK Gifhorn, LK Helmstedt, LK Wolfenbüttel, KS Braunschweig, KS Salzgitter, LK Peine	13,8	15,0	15,8	15,5	16,6	18,1	+2,3	+4,3
Südniedersachsen	LK Goslar, LK Osterode am Harz, LK Göttingen, LK Northeim	16,0	13,2	15,5	16,9	17,3	17,5	+2,0	+1,5
<b>Statistische Region Braunschweig</b>		<b>14,8</b>	<b>14,7</b>	<b>15,7</b>	<b>16,1</b>	<b>16,9</b>	<b>17,9</b>	<b>+2,2</b>	<b>+3,1</b>
Hannover, Landeshauptstadt	Landeshauptstadt Hannover	19,8	20,2	19,6	20,2	18,9	17,1	-2,5	-2,7
Hannover, Umland	Umland Hannover	15,5	15,7	14,5	14,5	15,0	14,9	+0,4	-0,6
Weser-Leine-Bergland	LK Hameln-Pyrmont, LK Holzminden, LK Hildesheim	13,2	14,6	15,6	14,5	13,3	15,1	-0,5	+1,9
Mittelniedersachsen	LK Diepholz, LK Nienburg (Weser), LK Schaumburg	14,7	15,9	14,4	15,1	13,4	15,3	+0,9	+0,6
<b>Statistische Region Hannover</b>		<b>16,2</b>	<b>16,8</b>	<b>16,4</b>	<b>16,2</b>	<b>15,6</b>	<b>16,2</b>	<b>-0,2</b>	<b>+0,0</b>
Nordniedersachsen	LK Cuxhaven, LK Stade, LK Harburg, LK Osterholz, LK Rotenburg (Wümme)	14,0	13,6	12,8	14,4	14,2	14,0	+1,2	+0,0
Nordostniedersachsen	LK Lüneburg, LK Lüchow-Dannenberg, LK Uelzen, LK Celle, LK Soltau-Fallingb., LK Verden	15,5	13,9	14,6	15,0	15,6	17,1	+2,5	+1,6
<b>Statistische Region Lüneburg</b>		<b>14,2</b>	<b>13,6</b>	<b>13,6</b>	<b>14,7</b>	<b>14,9</b>	<b>15,5</b>	<b>+1,9</b>	<b>+1,3</b>
Ostfriesland-Nordseeküste	KS Emden, LK Leer, LK Aurich, KS Wilhelmshaven, LK Friesland, LK Wittmund, LK Wesermarsch	14,1	12,8	12,8	12,8	14,6	14,3	+1,5	+0,2
Oldenburger Raum	LK Ammerland, LK Cloppenburg, KS Delmenhorst, KS Oldenburg, LK Oldenburg	12,7	12,8	12,7	13,5	13,4	15,5	+2,8	+2,8
Westniedersachsen	KS Osnabrück, LK Osnabrück, LK Vechta, LK Emsland, LK Grafschaft Bentheim	13,7	13,1	12,0	13,0	12,4	13,1	+1,1	-0,6
<b>Statistische Region Weser-Ems</b>		<b>13,6</b>	<b>13,0</b>	<b>12,5</b>	<b>13,2</b>	<b>13,4</b>	<b>14,1</b>	<b>+1,6</b>	<b>+0,5</b>

1) Anteil der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60 % des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung je 100 Personen. Das Äquivalenzeinkommen wird auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet. Berechnung: IT.NRW.

Gebieten, die zur Statistischen Region Hannover gehören. Dieselbe Struktur trat bereits in den Vorjahren auf.

Die Statistische Region Lüneburg wies eine unauffällige, aber seit 2010 steigende Armutsgefährdungsquote von 15,5 % auf. Die Anpassungsschicht Nordniedersachsen, zu der Umlandkreise von Hamburg und Bremen gehören, hatte mit 14,0 % einen niedrigen Wert. Anders die Verhältnisse im strukturschwachen und zum Teil peripheren Nordostniedersachsen, wo es mit 17,1 % eine relativ stark ausgeprägte Armutsgefährdungsquote gibt, die seit 2009 kontinuierlich ansteigt.

### Strukturen, Entwicklungen und Ursachen

Auffällig ist zunächst der Wendepunkt der Entwicklung im Jahr 2010. Bis 2010 blieben die Armutsgefährdungsquoten meist stabil bzw. lagen sogar unter denen des Jahres 2005. Jahr für Jahr konnte festgehalten werden, dass der Trend zur sozialen Polarisierung, der sich bis 2005 immer wieder zeigte, einstweilen gestoppt war. Dies war eine Folge der oft kritisierten Hartz-IV-Gesetzgebung, die es

schaftte, vielen der armutsgefährdeten Haushalte und Personen über die Armutsschwelle hinwegzuhelfen. 2010 war aber ein Wendepunkt. Seitdem stieg die Armutsgefährdungsquote wieder an.

Dafür lassen sich folgende Ursachen benennen:

- Zwar sank die Zahl der Bezieherinnen und Bezieher von Mindestsicherungsleistungen, auch aufgrund der insgesamt günstigen Arbeitsmarktlage. Der Anteil der Bezieherinnen und Bezieher von Mindestsicherungsleistungen, die trotz Bezug dieser Leistungen unterhalb der Armutsschwelle verbleiben, ist aber in den vergangenen Jahren gestiegen. Die staatlichen Mindestsicherungsleistungen halfen weniger Personen als vorher über die Schwelle der Armutsgefährdung hinweg.<sup>8)</sup>
- Das untere Sechstel der Bevölkerung hat von den Verdienstzuwächsen der Arbeitnehmer der Jahre 2011 bis

8) Vgl. Munz-König, Eva, Armutsgefährdungsquote und Mindestsicherungsquote: Zwei Indikatoren zur Messung monetärer Armut, in: Sozialer Fortschritt. Unabhängige Zeitschrift für Sozialpolitik, Heft 5/2013, S. 123 - 131.

2013 nur unterproportional profitiert. Die Einkommenszuwächse waren von oben nach unten ungleich verteilt, so dass die Bezieher niedriger Einkommen, die von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht sind, von der übrigen Gesellschaft abgekoppelt wurden.

- Die Lage für gering Qualifizierte wird immer kritischer. Deren Armutsgefährdungsquoten waren 2013 sehr hoch und waren zuvor rasch angestiegen. Wenn die Lage auf dem Arbeitsmarkt insgesamt nicht mehr so günstig ist wie bis 2013, wird die Armutsgefährdung für diese Bevölkerungsgruppe ziemlich sicher noch weiter ansteigen.
- Die Altersarmut, besonders die der Frauen, hat aufgrund unzureichender Rentenansprüche zugenommen. Das wiederum geht auf Brüche im Erwerbsleben, geringfügige Beschäftigung, Leiharbeit und ähnliches zu-

rück. Dieses Problem dürfte weiter zunehmen, und zugleich wird die Zahl älterer Menschen steigen.

- Demgegenüber ist die Zuwanderung aus dem Ausland, die im Saldo 2012 +27 520 und 2013 +34 935 Personen betrug, offenbar keine ausschlaggebende Ursache, denn die Armutsgefährdungsquoten sowohl der Nichtdeutschen als auch der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte gingen zurück. Ein großer Teil der Zuwanderung entfiel auf hier dringend benötigte Fachkräfte und deren Familien.
  - In regionaler Sicht lagen die Armutsgefährdungsquoten in der Landeshauptstadt sowie in strukturschwachen Regionen mit wirtschaftlichen und demografischen Problemlagen relativ hoch. Niedrig waren sie hingegen im Westen des Landes sowie im Umland der Großstädte.
-